

IN KÜRZE

**Todesfall Lorenz:
Unterlassene Hilfeleistung?**

Kiel – Die Umstände des Todes von Ex-Innenstaatssekretär Ulrich Lorenz sind auch nach gut sechs Wochen ungeklärt. Ob es sich um einen Unfall oder um Fremdverschulden handelte, werde nach wie vor untersucht, teilte die Kieler Staatsanwaltschaft gestern mit. Auch eine unterlassene Hilfeleistung nach dem Vorfall sei in Betracht zu ziehen. Lorenz war von 2000 bis 2009 Innenstaatssekretär.

**Bankkunde in Hamburg
niedergestochen**

Hamburg – Ein Unbekannter hat gestern Mittag in Hamburg-Billstedt einen 33-Jährigen niedergestochen und ausgeraubt. Wie die Polizei mitteilte, hatte das Opfer davor mehrere tausend Euro bei einer Bank in der Möllner Landstraße abgehoben, um damit ein Auto zu kaufen. Auf dem Parkplatz der Bank wurde der 33-Jährige dann lebensgefährlich verletzt.

**Ehemaliger Übungsplatz
wird Naturschutzgebiet**

Kiel – Der ehemalige Bundeswehr-Übungsplatz Nordoe im Kreis Steinburg wird zum Naturschutzgebiet. Umweltminister Robert Habeck (Grüne) unterzeichnete die entsprechende Verordnung. Die Stiftung Naturschutz will zusammen mit den beteiligten Gemeinden auf einer Fläche von 407 Hektar die „Binnendünen Nordoe“ dauerhaft schützen.

**Brand in Neuendeich
zerstört Bauernhof**

Neuendeich – Bei dem Brand eines Bauernhofs in Neuendeich bei Uetersen (Kreis Pinneberg) sind am Sonnabend mehrere Hunderttausend Euro Schaden entstanden. Das Feuer war aus bislang unbekannten Gründen in der 300 Quadratmeter großen Scheune des Bauernhauses ausgebrochen, wie die Feuerwehr mitteilte. Später griffen die Flammen auf das anliegende Wohnhaus über.

**Zigarettehdieb
in Pinneberg gefasst**

Pinneberg – Die Polizei hat am Freitag in Pinneberg einen Zigarettehdieb gefasst. Wie sie erst gestern mitteilte, haben zwei Männer versucht, in einem Supermarkt Zigaretten im Wert von 180 Euro zu stehlen. Ein Ladendetektiv bemerkte den Diebstahl und sprach die Männer an. Die beiden liefen daraufhin in verschiedene Richtungen davon. Einen Täter griff die Polizei auf, der andere entkam.

LN ONLINE

Am besten geklickt

- 1 Live-Ticker:** Die Schneeweale überrollt den Norden
- 2 Winter:** In Segeberg und Ostholstein fällt die Schule aus
- 3 Tatort-Kritik:** Dieses ganze Rumgeblute
- 4 Massenunfall:** Sechs Autos auf der A 1 beteiligt
- 5 Ritterau:** Tierische Rettungsaktion auf Koppel

Lesen Sie im Internet:
www.LN-online.de

TV TIPPS

- 17.30 Sat.1 Regional** – Thema u. a.: Truppenkamper fährt zur Snooker-WM
- 18.00 RTL Nord** – Thema u. a.: Peer Steinbrück im Norden
- 19.30 NDR Schleswig-Holstein-Magazin** – Themen u. a.: Bürger fürchten Müllverbrennung im Zementwerk / Schrauben aus Barmstedt für die Welt / Schlüsselloch-Operationen / Geldnot macht erfinderisch: die Bier-Aktie
- 19.30 NDR Nordmagazin** – Thema u. a.: Unternehmen fertigt Konstruktionen für Zimmerer

Kubickis Triumph – sogar Stegner gratulierte

Kiel/Berlin – Es ist einer dieser Tage, an denen Wolfgang Kubicki ganz obenauf ist. Am Sonnabend hat die Bundes-FDP den vor Kurzem noch als Querulanten gescholtenen 61-Jährigen ins Präsidium gewählt. Zwei Bundesminister, Dirk Niebel und Daniel Bahr, hat er aus dem Feld geschlagen. An seinem ersten Arbeitstag gestern in Kiel sprudelt die Freude darüber immer noch aus ihm heraus.

Seine arme Sprecherin zum Beispiel, die sei von E-Mails geradezu überflutet worden, erzählt Kubicki. Da hätten ganz viele Leute geschrieben, dass sie sich das erste Mal vorstellen könnten, FDP zu wählen, jetzt, so mit Lindner und ihm an der Spitze. Dazu die vielen Glückwunsch-SMS, selbst von Ralf Stegner. Und dass da einige Journalisten auf dem Parteitag in Berlin noch kurz vorher zu ihm gesagt hätten, er habe doch keine Chance, gewählt zu werden, das amüsiert ihn auch noch immer.

An solchen Tagen könnte man glatt vergessen, dass Kubicki hinter den Kulissen auch extrem wortkarg und mürrisch sein kann, wenn die Dinge nicht so laufen. Wenn er meint, mit Interviewäußerungen missverstanden worden zu sein, zum Beispiel. Gestern bringt er stolz das Youtube-Video seiner Parteitagsrede ins Gespräch, „elf Minuten“. Sie war ja auch furios. Dieses gespielte Mitleid mit Peer Steinbrück zum Beispiel: „Ich habe mit ihm zusammen Volkswirtschaft in Kiel studiert – aber was hat die arme Sau aus seinem Leben gemacht? Er ist jetzt Kanzlerkandidat der SPD und muss Thesen vertreten, die er selbst für falsch hält!“ Um dann mit der Bemerkung, man



Wolfgang Kubicki lächelt immer noch: Auf dem Parteitag wurde der 61-Jährige ins Präsidium der Bundes-FDP gewählt.

Foto: dpa (2), dapd

müsse „ja vorsichtig in der Wahl sein – ich habe gesehen, Frau Himmelreich ist anwesend“ – auch gleich noch der „Stern“-Journalistin dreist einen mitzugeben, die Anzüglichkeiten des FDP-Spitzenkan-

didaten Rainer Brüderle ihr gegenüber öffentlich gemacht hatte. Die Delegierten johlten. Und dann wieder diese Chuzpe angesichts von Vier-Prozent-Umfrageergebnissen: „Ich will nicht um unseren Wie-

derinzug in den Bundestag kämpfen, sondern dafür, dass wir ein zweistelliges Ergebnis erzielen!“ Und das alles, obwohl er beim Gang ans Rednerpult doch noch gar nicht gewusst habe, was er sa-

gen werde, wie Kubicki gestern betont. Dann geht's nach Haus, vorher noch ins Strander Strandhotel. Der Wirt hatte ihm nach der Wahl auch gleich gratuliert – der Wein sei schon kaltgestellt. *W. Hammer*

Beamten droht „dünne“ Gehaltserhöhung

Schleswig-Holsteins Finanzministerin will Tarifabschluss nicht wie üblich auf die Landesbeamten übertragen.

Von Wolfram Hammer

Kiel – Schleswig-Holsteins Grünen-Finanzministerin Monika Heinold legt sich mit den Landesbeamten an. Der Tarifabschluss für die Angestellten im öffentlichen Landesdienst soll nicht, wie bislang üblich, eins zu eins auf sie übertragen werden. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen am vergangenen Wochenende passe nicht zu einem Land mit drohendem Haushaltsnotstand, betont Monika Heinold. Sie werde jetzt Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine angemessene Lösung aufnehmen.

5,6 Prozent mehr Gehalt – 2,65 rückwirkend zum 1. Januar dieses Jahres, noch einmal 2,95 Prozent ab 2014: Darauf hatten sich die Verhandlungsführer der Länder und die Gewerkschaften in Potsdam geeinigt. „Für die Angestellten werden wir das Ergebnis natürlich übernehmen“, erklärt die Finanzministerin. Das betraf derzeit Mitarbeiter auf 6496 Vollzeit-Stellen. Die zeit- und leistungsgleiche Übertragung auf die Beamten – derzeit sind es weit über 50 000 Mitarbeiter auf 48 403 vollen Stellen – wür-

de das Land allerdings 177 Millionen Euro extra kosten. Geld, das nicht da ist. Das Land hatte nur Tarifsteigerungen von jeweils 1,5 Prozent eingeplant, zusammen 102,5 Millionen Euro. Bleibt eine Lücke im Haushalt von 74,5 Millionen Euro – die sich auch auf alle späteren Haushalte fortschreibt. Die Schuldenbremse für höhere Gehälter zu lösen, das käme aber nicht in Frage, sagt Monika Heinold. Man werde jetzt mit den Beamten darüber reden, was möglich sei.

Was das für Lösungen sein könnten, dazu sagt die Ministerin noch nichts Konkretes. Offenbar wird im Finanzministerium aber darüber nachgedacht, die höheren Besol-

dungsgruppen nicht so stark oder erst später besser zu bezahlen oder statt der vollen Tarifierhöhung nur einzelne Zulagen zu erhöhen.

Immerhin sichert die Ministerin zu, dass es eine Nullrunde für die Landesbeamten nicht geben werde. Bei den Gewerkschaften ist man dennoch alarmiert. „Wir erwarten, dass die Tarifeinigung eins zu eins übernommen wird“, sagt Bernd Schauer von der Lehrgewerkschaft GEW. Auch für Beamte seien die Lebenshaltungskosten schließlich gestiegen. Im Wettbe-

werb mit anderen Bundesländern um Nachwuchskräfte drohe Schleswig-Holstein sonst auch an Attraktivität zu verlieren. Ein Streikrecht haben Beamte zwar nicht, man werde aber „handfesten Protest auf die Straße bringen“, sollte die Ministerin ihre Pläne umsetzen, so Schauer. „Keine Zugeständnisse“, kündigt auch Karl-Hermann Rehr von der Polizeigewerkschaft GdP an. Die Schuldenbremse könne kein Argument sein. „Wir leisten gute Arbeit, sieben Tage die Woche, 24 Stunden

am Tag.“ Das müsse angemessen bezahlt werden, die Landesbeamten dürften nicht von der Gehaltsentwicklung der Kommunal- und Bundesbeamten und der Wirtschaft abgekoppelt werden. „Für alles andere wird Geld ausgegeben“, sagt auch die Landesvorsitzende des Beamtenbundes dbb, Anke Schwitzer. Dass das Land nur 1,5 Prozent Gehaltssteigerung eingeplant habe, sei utopisch gewesen. Heinold habe „der Realität nicht ins Auge gesehen“.

Das SPD-regierte Hamburg kündigte bereits an, den Tarifabschluss auf seine Beamten übertragen zu wollen. In Kiel fordern CDU und FDP das ebenfalls ein. Man habe früher trotz enormer Sparanstrengungen die leistungsgerechte Bezahlung der Beamten immer sichergestellt, erklärt Liberalen-Fraktionschef Wolfgang Kubicki. Monika Heinold will offenbar hart bleiben – trotz der Kritik. „Haushaltspolitik ist in Schleswig-Holstein nicht schön“, sagt Heinold. Ebensowenig wie die einzige Alternative, um Personalkosten nicht weiter wachsen zu lassen – nämlich weitere Stellenstreichungen.



Finanzministerin Monika Heinold (Grüne).

Mehrere Bundesländer wollen bei den Angestellten sparen

In zwei Stufen gibt es für die Landesangestellten 5,6 Prozent mehr Geld. Doch Beamte und Pensionäre werden in mehreren Bundesländern auf eine Erhöhung warten oder Abschlüsse hinnehmen müssen. Entsprechende Überlegungen gab es gestern neben Kiel auch in Baden-Württemberg. Rheinland-Pfalz will laut einem Beschluss

des Landtages die Beamtenbezüge bis 2016 weiterhin nur um ein Prozent pro Jahr erhöhen. In Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt hieß es, das Ergebnis der Tarifrunde werde zunächst kritisch geprüft. Neben Hamburg kündigte bislang nur Bayern eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifierhöhung auch auf die Landesbeamten und

Pensionäre an. Schleswig-Holstein gibt pro Jahr von seinen rund neun Milliarden Euro im Landesetat drei Milliarden Euro für Gehälter aus. Zwei Milliarden Euro davon bekommen die aktiven Angestellten und Landesbeamten, eine Milliarde Euro zahlt das Land allein für die Pensionen seiner Ruhestands-Beamten.

Kanal: Meyer schreibt Ramsauer

NOK-Desaster: Schriftliche Einladung an Berlin. Appell der Kaufmannschaft Lübeck.

Kiel – Der Kieler Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) offiziell zu einem Besuch des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) eingeladen. „Wir möchten Ihrem Haus anbieten, einen Termin mit allen relevanten Akteuren am NOK zu organisieren“, schreibt Meyer gestern in einem Brief. Die Angelegenheit sei dringlich, weil die internationale Seeschifffahrt die Befahrbarkeit des Kanals zunehmend in Frage stelle. Auch die Industrie- und Handelskammer zu Flensburg hat die Bundesregierung aufgefordert, den Kanal schnellstmöglich wieder befahrbar zu machen. An oberster Stelle stehe ein Paket von Sofortmaßnahmen zur Intensivierung der vorbeugenden Instandhaltung an den Schleusen sowie zum Aufbau einer geeigneten „Notfall-

vorsorge“, heißt es in einer gestern verabschiedeten Resolution.

Der Kanal ist zurzeit für große Schiffe wegen defekter Schleusen gesperrt. „Die jetzige Situation ist unhaltbar“, kritisierte Präses Michael Weiß von der Kaufmannschaft zu Lübeck. „Wir brauchen jetzt ein klares Bekenntnis von Ramsauer zum sofortigen Baubeginn und zur zügigen Umsetzung für die notwendigen Sanierungsarbeiten.“ Zeitgleich monierte der Nautische Verein Lübeck die Entscheidung Ramsauers, den Elbe-Lübeck-Kanal (ELK) nicht mehr als Teil des Transeuropäischen Verkehrsnetzes der EU zu melden. Ein Anschluss des Ostseeraums an das europäische Binnenwasserstraßennetz über einen ausgebauten ELK sei „aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen“ überfällig.



Kein Durchkommen für große Schiffe an der Schleuse Brunsbüttel.

Bergstraße: Waffenverbot in Kieler Problemviertel

Ab Freitag sind selbst Werkzeuge nachts tabu.

Kiel – Kiel soll sicherer werden. Deshalb hat das Innenministerium eine Waffenverbotszone für die Bergstraße genehmigt, wo es rund um Kneipen, Bars und Diskotheken häufig bewaffnete Auseinandersetzungen gab. Innenminister Andreas Breitner (SPD) sagte zu dem Beschluss gestern: „Waffen haben in privater Hand in der Öffentlichkeit nichts zu suchen.“

Von Freitag an sind Waffen und waffenähnliche Gegenstände im Bereich der Bergstraße zwischen 21 und 6 Uhr in der Öffentlichkeit untersagt. Dieses Verbot gilt für Schusswaffen und Messer ebenso wie für Baseballschläger, Reizstoffe und Werkzeuge wie Schraubendreher oder Hämmer. Die Polizei darf Personen im Bereich der Berg-

straße auch ohne konkreten Verdacht durchsuchen. Verstöße gegen die neue Verordnung können teuer werden: Wer Waffen bei sich trägt, muss mit Geldbußen von bis zu 10 000 Euro rechnen. Für private Sicherheitsdienste, Handwerker, Gastronomen und Anwohner gelten unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen.

Seit Februar dürfen Kommunen in Schleswig-Holstein im Kampf gegen Gewalt in der Öffentlichkeit an Brennpunkten Waffenverbotszonen einrichten. Im Bereich der Kieler Bergstraße wurden allein im letzten Quartal 2012 bei fast der Hälfte aller Körperverletzungen Baseballschläger oder andere gefährliche Gegenstände benutzt.